

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**



GRÜNE AGRARPOLITIK IN HESSEN

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAGSFRAKTION HESSEN



KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER



Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Grünen wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit diesen neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

Fraktionsvorsitzender

Weitere Informationen, die Möglichkeiten zum Download und zur Bestellung aller bislang erschienen Konzeptpapiere finden Sie unter:

www.gruene-hessen.de - Konzepte für Hessen

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAGSFRAKTION HESSEN



GRÜNE AGRARPOLITIK IN HESSEN

INHALT

1. Ausgangslage.....	2
1.1 Hessens Landwirtschaft im Strukturwandel.....	2
1.2 Landwirtschaft wird immer stärker intensiviert.....	2
2. Grüne Leitlinien für eine umweltgerechte und verbraucherorientierte Landwirtschaft in Hessen.....	3
2.1. Lebensmittel markt- und verbrauchergerecht erzeugen – Viele modern strukturierte aber bäuerliche wirtschaftende Höfe erhalten.....	3
2.2 Bäuerliche Landwirtschaft braucht faire Preise und gesellschaftliche Akzeptanz.....	4
2.3 Instrumente zur Umsetzung einer neuen Agrarpolitik.....	4
3. Grüne Vorschläge für eine umwelt-, klima- und tiergerechtere Landwirtschaft in Hessen.....	5
3.1. Förderpolitik auf Landesebene umstrukturieren.....	5
3.2. Hessens Landwirtschaft gentechnikfrei halten.....	7
3.3. Bioenergie in Hessen umwelt- und klimagerecht erzeugen.....	8
3.4. Intensivtierhaltung begrenzen.....	10
3.5. Schlachtstätten erhalten – Tierschutz bei der Schlachtung verbessern.....	12
3.6. Hessisches Agrarmarketing neu aufstellen.....	12
3.7. Initiativen für faire Preise unterstützen.....	12
3.8. Beratung, Aus- und Weiterbildung anpassen.....	13
3.9 Verbraucherinnen und Verbraucher gestalten mit dem Einkaufskorb die Umwelt.....	14
4. Grüne Vorschläge für eine umwelt-, klima- und tiergerechtere Landwirtschaft auf Bundes- und EU-Ebene.....	16
4.1. Bundesebene.....	16
4.2. EU-Ebene.....	17

1. AUSGANGSLAGE

1.1. Hessens Landwirtschaft im Wandel

Mit rund 43% der Flächennutzung ist die hessische Landwirtschaft ein wichtiger Faktor im ländlichen Raum. Sie erfüllt vielfältige Aufgaben und hat eine hohe Verantwortung für Umwelt und Natur. Hessens Landwirtschaft ist im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt noch immer verhältnismäßig kleinteilig strukturiert und arbeitet ungefähr mit der Hälfte der Fläche in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen wirtschaften mit einem höheren Grünlandanteil und geringerem Ackerflächenanteil als im Bundesdurchschnitt. Die Milchwirtschaft in Hessen ist noch immer einer der wichtigsten Einkommenszweige der hessischen Landwirtschaft und wird hauptsächlich in den Mittelgebirgslagen betrieben.

Derzeit gibt es in Hessen ca. 18.000 Betriebe, davon wirtschaften ungefähr 6000 Betriebe im Haupterwerb. Rund 12.000 der landwirtschaftlichen Betriebe arbeiten im Nebenerwerb. Die Zahl der Höfe hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verringert (von 160 000 in 1950 auf 18.000 in 2010) und der Strukturwandel geht weiter. Jedes Jahr schließen ca. 1000 Betriebe ihre Tore für immer. Nur jede zweite Landwirtin und jeder zweite Landwirt findet einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für seinen oder ihren Betrieb.

1.2. Landwirtschaft wird immer stärker intensiviert

Trotz des laufenden Strukturwandels ist in Hessen die Konzentration der Landwirtschaft noch nicht so weit fortgeschritten wie in anderen Teilen Deutschlands. Dennoch gibt es auch in Hessen den Trend, dass die verbleibenden Haupterwerbsbetriebe immer stärker wachsen und ihre

Produktion intensivieren, oftmals verbunden mit negativen Auswirkungen auf Umwelt, Klima und Tiere.

Diese Strategie der Landwirte, ihre Betriebe entweder durch Flächenwachstum und/oder durch Vergrößerung und Intensivierung der Tierbestände überlebensfähig zu machen oder die Landwirtschaft ganz aufzugeben (Wachsen oder Weichen), wird durch die derzeitige Ausrichtung der Agrarförderung auf europäischer, nationaler und Landesebene intensiv befördert. Die vorhandenen Fördermittel sind in den letzten Jahrzehnten größtenteils an Betriebe geflossen, die ihre Produktion einseitig auf Intensivierung ausgerichtet haben. Die Fehlentwicklung der Konzentration in der Landwirtschaft zeigt sich auch in der Statistik der Direktbeihilfen: 85 Prozent der Zahlungen aus der EU fließen derzeit nur an 20 Prozent der Betriebe. Dabei spielt es keine Rolle, wie viele Arbeitsplätze ein Unternehmen bietet oder ob mit seiner Wirtschaftsweise negative Auswirkungen auf Umwelt, Klima und Natur verbunden sind. Diese Fehlentwicklung muss beendet werden. Dazu bietet die anstehende EU-Agrarreform 2013 eine große Chance. Zudem können bereits jetzt verschiedene Weichenstellungen auf Landes- und Bundesebene eingeleitet werden.

2. GRÜNE LEITLINIEN FÜR EINE UMWELTGERECHTE UND VERBRAUCHERORIENTIERTE LANDWIRTSCHAFT IN HESSEN

2.1. Lebensmittel markt- und verbrauchergerecht erzeugen - viele modern strukturierte aber bäuerlich wirtschaftende Höfe erhalten

Hessens Landwirtschaft hat für uns Grüne eine hohe Bedeutung, denn sie soll uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen und unsere Ernährung sicherstellen. Sie ist ein wichtiger Faktor für lebendige ländliche Räume und für den Erhalt von Arbeitsplätzen auf dem Land. Zudem hat sie eine hohe Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Landschaft.

Ziel Grüner Agrarpolitik ist es, viele zukunftsfähige Bauernhöfe in Hessen zu erhalten, die gesunde Lebensmittel für regionale Wirtschaftskreisläufe erzeugen. Dafür bietet Hessens Landwirtschaft, die noch bäuerlich strukturiert ist, gute Chancen. Die wollen wir gemeinsam mit den Landwirten nutzen. Die Zukunft der hessischen Landwirtschaft liegt aus unserer Sicht nicht darin, Billigprodukte für den Export und für die Lebensmittelwirtschaft zu erzeugen, sondern sie liegt darin, Qualitätsprodukte für hiesige Märkte zu fairen Preisen zu produzieren.

Wir wollen politische Rahmenbedingungen für eine moderne bäuerliche Landwirtschaft gestalten, die der Erhaltung der natürlichen Ressourcen und den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher verpflichtet ist. Leitbild ist für uns dabei der ökologische Landbau, denn diese Wirtschaftsform wird nachweislich den Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klima, Biodiversität, Wasser, Tierschutz, Arbeit und Verbraucherschutz am besten gerecht.

Derzeit wirtschaften allerdings noch 90 Prozent der Betriebe in Hessen konventionell. Diesen

Betrieben wollen wir Angebote machen, ihre Höfe umwelt- und tiergerechter aufzustellen. Wir erwarten dabei von den Landwirten eine konstruktive Zusammenarbeit bei der Lösung von Zukunftsfragen. Sie müssen sich den Anforderungen der Gesellschaft stärker stellen und sie sind gefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, Boden, Wasser und Klima umfassend zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten.

Wir wollen erreichen, dass Hessens Landwirtschaft auch zukünftig gentechnikfrei bleibt und dass noch mehr Lebensmittel, die von der Landwirtschaft in Hessen erzeugt werden, auch in Hessen verkauft werden. Das stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe, bietet den Verbrauchern frische und saisonale Produkte und entspricht deren Ansprüchen an eine gentechnikfreie Landwirtschaft.

Wir wollen erreichen, dass Tiere artgerechter gehalten werden. Dazu gehört zum Beispiel, dass Masttiere mehr Platz, Licht und Luft erhalten und z.B. wieder mehr Kühe auf den Wiesen und Weiden zu sehen sind. Das tut nicht nur den Tieren gut, sondern erfüllt auch die Erwartungen der Verbraucher an eine tiergerechte Landwirtschaft.

Die umwelt- und klimagerechte Erzeugung von Bioenergie ist für die Energiewende notwendig und bietet Bäuerinnen und Bauern die Chance, sich als Energielandwirte zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen. Die Erzeugung von Bioenergie darf allerdings nicht zu Umweltbelastungen wie z.B. durch Maismonokulturen führen. Für die Erzeugung von Bioenergie müssen in erster Linie Reststoffe aus Landwirtschaft, Landschaftspflege, Lebensmittel- und Abfall-

wirtschaft etc. sowie Pflanzen aus vielfältigen Fruchtfolgen eingesetzt werden. Fehlentwicklungen müssen korrigiert bzw. verhindert werden.

Die Nebenerwerbslandwirtschaft übernimmt in Hessen aus Sicht der Grünen wichtige Funktionen. Insbesondere in Mittelgebirgslagen trägt sie in vielen Bereichen zur Erhaltung der Kulturlandschaft bei und kann auch zukünftig einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der ländlichen Räume leisten.

Wir setzen uns für eine nachhaltige multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft ein, die sich folgenden Herausforderungen stellt:

- Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel in Hessen
- Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten
- Erhalt der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft
- Reduzierung der Klimagasemissionen in der Landwirtschaft
- Artgerechte Tierhaltung
- Verzicht auf Agrogentechnik
- Reduzierung der Agrarchemie
- Verbesserung der Artenvielfalt
- Schutz von Boden und Gewässern
- Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers
- Umweltgerechter Beitrag zur Energiewende

2.2. Bäuerliche Landwirtschaft braucht faire Preise und gesellschaftliche Akzeptanz

Für die Bewältigung dieser multifunktionalen Aufgaben muss die Landwirtschaft aus Sicht der Grünen allerdings faire Preise für ihre Erzeugnisse erhalten. Solange sich die zu erbringenden gesellschaftlichen Leistungen im Bereich des Umwelt-, Tier- und Ressourcenschutzes nicht vom Markt im Preis für die Produkte abgebildet

werden, braucht die bäuerliche Landwirtschaft finanzielle Unterstützung durch Förderung.

Um die gesellschaftliche Unterstützung dafür zu erhalten, muss die Landwirtschaft zukünftig stärker die Verbraucherwünsche berücksichtigen. 87 Prozent der deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher wollen zum Beispiel keine Gentechnik auf dem Teller. Pestizidrückstände in Lebensmitteln verunsichern Verbraucher. Sie wollen mehr Tierschutz bei Haltung und Schlachtung der Tiere. Die Nachfrage nach ökologisch und regional erzeugten Qualitätsprodukten wächst ständig. Nur wenn die Landwirtschaft sich stärker an den Bedürfnissen und Wünschen der Konsumenten orientiert, werden sich auch faire Preise realisieren lassen.

2.3. Instrumente zur Umsetzung einer neuen Agrarpolitik

Die maßgeblichen Weichen der Politik für den ländlichen Raum werden in Brüssel bestimmt und national sowie in den Bundesländern umgesetzt. Hessische Agrarpolitik muss sich zwangsläufig mit globaler, europäischer und nationaler Agrarpolitik auseinandersetzen und Position beziehen. Das Land Hessen muss die Umweltschutzprogramme der EU verlässlich kofinanzieren und sich über seine Landesvertretung in die Verhandlungen auf EU Ebene einmischen.

Auf nationaler und auf Landesebene hat der Gesetzgeber eigene Förderprogramme (Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz; Maßnahmen des Entwicklungsplans Ländlicher Raum) zur Verstärkung gewünschter Effekte, Abgaben und Steuern zur Verminderung von Fehlentwicklungen zur Verfügung.

Auf Landesebene hat zudem die Beratung der Betriebe, Programme zur Absatzförderung sowie das Agrarmarketing über die Marketinggesell-

schaft ‚Gutes aus Hessen‘ (MGH) Bedeutung. Die Arbeit der MGH hat in der Vergangenheit viel Kritik geerntet und bedarf einer Überprüfung.

Weiteres Instrument der Agrarpolitik ist die Ordnungspolitik, mit welcher der Einsatz von Agrarchemie reglementiert wird, Baurecht oder Richtlinien zum Tierschutz erlassen werden kann.

3. GRÜNE VORSCHLÄGE FÜR EINE UMWELT-, KLIMA- UND TIERGERECHTERE LANDWIRTSCHAFT IN HESSEN

3.1. Förderpolitik auf Landesebene umstrukturieren- Angebote für die Neuausrichtung der konventionellen Landwirtschaft verbessern

Das Land Hessen hat die Möglichkeit, bereits jetzt im Vorgriff auf die Ergebnisse der Agrarreform 2013 aktiv zu werden und Weichen zu stellen. Dazu muss die Landesförderung in ihrer Effektivität überprüft und die vorhandenen knappen Fördermittel zielgenau für die neuen Herausforderungen (Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt etc.) eingesetzt werden. Es geht uns dabei nicht darum, einfach mehr Geld in das vorhandene System fließen zu lassen, sondern darum, die vorhandenen Fördermittel sinnvoller einzusetzen. Insbesondere die konventionelle Landwirtschaft, die derzeit gut 90% der Fläche bewirtschaftet, soll aufgrund von Förderanreizen für mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz gewonnen werden. Innerhalb des Entwicklungsplans Ländlicher Raum, der die Verwendung von EU und Bundesmitteln zur Förderung des ländlichen Raums durch entsprechende Programme regelt, gibt es in Hessen Möglichkeiten erste Schritte einzuleiten und Fördermittel umzuschichten. Im Einzelnen heißt das:

Einzelbetriebliche Investitionsförderung (AFP) neu ausrichten

Die Einzelbetriebliche Investitionsförderung unterstützt derzeit hauptsächlich Betriebe, die

wachsen wollen und die Intensität ihrer Erzeugung z.B. durch größere Ställe erhöhen. Dabei bleiben Umwelt- und Tierschutz oft genug auf der Strecke.

Wir wollen, dass die Steuergelder für die Investitionsförderung nur noch zielgerichtet für die neuen Herausforderungen, d.h. für artgerechte Tierhaltung, für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen und zur Verbesserung der Energieeffizienz sowie zur Diversifizierung in der Landwirtschaft ausgegeben werden.

Stallbauten oder- umbauten dürfen zukünftig nur dann gefördert werden, wenn sie einem objektiv erstellten Kriterienkatalog für artgerechte Tierhaltungsverfahren entsprechen bzw. problemlos darauf umzurüsten sind. Diese Stallungen billigen den Tieren deutlich mehr Platz und Auslauf zu. Ställe sollen außerdem nur dann förderfähig sein, wenn der jeweilige Betrieb mindestens die Hälfte des benötigten Futters für seine Tiere selbst erzeugen kann (bodengebundene Landwirtschaft). (siehe auch: Stallbau für Masthähnchen Punkt 3.4)

Anbau von Leguminosen (Stickstoff sammelnde Pflanzen) fördern – Stickstoffüberschüsse abbauen

Der Einsatz von stickstoffsammelnden Pflanzen (Leguminosen) in der Landwirtschaft ist seit lan-

gem rückläufig. Dabei haben diese Pflanzen eine Vielzahl von positiven Wirkungen auf den Klima- und Bodenschutz sowie auf die Artenvielfalt. Ihr Anbau verringert den Einsatz von mineralischen Stickstoffdüngern (weil die Pflanzen in der Lage sind, den für Pflanzenwachstum wichtigen Stickstoff aus der Luft im Boden zu binden) sowie den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Leguminosen erweitern die Fruchtfolge und verbessern so die biologische Vielfalt und die Bodenfruchtbarkeit. Sie dienen außerdem als Eiweißfuttermittel und können den Import von Sojafuttermitteln aus Übersee begrenzen. Die Abhängigkeit der Landwirte von Zukauffuttermitteln kann so verringert werden.

Der Anbau von Leguminosen bietet insbesondere der konventionellen Landwirtschaft viele Vorteile, um ihre Wirtschaftsweise umweltverträglicher zu gestalten. Wir wollen deshalb erreichen, dass zukünftig wieder mehr Leguminosen angebaut werden. Aus Grüner Sicht muss der Anbau dieser Pflanzen daher angemessen gefördert werden. Um geeignete Sorten für die unterschiedlichen Standorte in Hessen zu entwickeln, schlagen wir außerdem vor, dass entsprechende Sortenversuche im Versuchswesen des Landes Hessen aber auch auf landwirtschaftlichen Betrieben initiiert, gefördert und begleitet werden.

Vielfältige Fruchtfolgen fördern

Durch mehrere aufeinander folgende Anbaukulturen (z.B. Erbsen, Wintergerste, Raps, Winterweizen, Kartoffeln) werden Pflanzenkrankheiten und somit der Aufwand von Agrarchemie reduziert sowie der Humusgehalt der Böden erhöht. Zusätzlich ergeben sich positive Aspekte für die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft. Deshalb wollen wir, dass durch eine angemessene Förderung Anreize für den Aufbau vielfältiger Fruchtfolgen gesetzt werden.

Im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft sind derzeit drei aufeinander folgende Anbaukulturen empfohlen, um den Humusgehalt der Böden zu erhalten. Aus pflanzenbaulicher Sicht haben allerdings breiter angelegte Fruchtfolgen mit einem Anteil an Leguminosen die genannten positiven Wirkungen.

Ställe mit Stroheinstreu fördern

Wir schlagen eine Förderung für Betriebe vor, die ihre Ställe mit Stroh einstreuen, statt die Tiere nur auf Spalten oder Betonböden zu halten. Dies bietet den Tieren deutlich bessere Bedingungen. Die Ausbringung von Mist statt Gülle steigert den Humusaufbau und damit die Fähigkeit der Böden mehr klimaschädigendes Kohlendioxid zu speichern. Die Förderung der Stroheinstreu ist ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Unterstützung artgerechter Tierhaltung.

Bienenfreundliche Landwirtschaft unterstützen

80 Prozent der 2000 bis 3000 heimischen Nutzwildpflanzen sind von der Bestäubung durch Bienen abhängig. Doch die Bienenvölker sind geschwächt und die Imker klagen über hohe Verluste. Als ein Grund dafür wird das mangelnde Nahrungsangebot für die Bienen gesehen. Durch die heutige Ausrichtung der Landwirtschaft gibt es viel weniger Blühpflanzen als früher, die als Nahrungsquelle für die Bienen dienen könnten. Wir schlagen deshalb als ersten Schritt vor, dass das Land Hessen innerhalb der Agrarumweltmaßnahmen flächendeckend gezielte und attraktive Angebote für die Anlage von Blühstreifen auf Äckern, an Gewässerrändern und auf intensiv genutzten Grünflächen macht.

Ökologischen Landbau ausweiten

Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für die Landwirtschaft. Er wird den neuen Herausforderungen Umwelt, Klima, Biodiversität, Wasser,

Arbeit und Verbrauchererwartungen am besten gerecht. Deshalb wollen wir mehr konventionell wirtschaftende Landwirte dafür gewinnen, in Zukunft ökologisch zu erzeugen.

Wir wollen die ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche von jetzt knapp 10 Prozent auf mindestens 20 Prozent im Jahr 2020 steigern. Da die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln bei weitem nicht von Hessens Ökobauern gedeckt werden kann, haben umstellungswillige Landwirte gute Chancen ihre Produkte erfolgreich zu vermarkten. Allerdings muss es eine verlässliche und angepasste Förderung des Landes Hessen für die Umstellung auf Ökolandbau geben. Marktentwicklung, Forschung und die Information der Verbraucher sind dafür begleitende Maßnahmen und müssen vom Land Hessen entsprechend unterstützt und gefördert werden.

Die Landesregierung hat im Sommer 2010 eine Studie vorgestellt, in der das hessische Marktpotenzial für Ökoprodukte aufgezeigt wurde. Bisher sind allerdings keine Konsequenzen gezogen oder entsprechende Maßnahmen umgesetzt worden. Wir schlagen vor, endlich die gesamte Studie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und eine Strategie vorzulegen, mit der das vorhandene Marktpotenzial besser erschlossen werden kann.

Im Bereich der Hochschulbildung ist Hessen insbesondere mit dem Fachbereich Ökologische Landwirtschaft an der Universität Kassel (Außenstelle Witzenhausen) gut aufgestellt. Aber auch im Bereich der Berufsausbildung muss die ökologische Landwirtschaft verankert werden. Wir wollen eigene Berufsschulangebote für die Auszubildenden der ökologischen Landwirtschaft (s. Punkt 3.7).

3.2. Hessens Landwirtschaft gentechnikfrei halten

Während in Europa die Agrargentechnik bisher kaum eine Rolle spielt, ist sie beispielsweise in Amerika oder Indien bereits weit verbreitet. Aus den Erfahrungen in diesen Teilen der Welt wissen wir heute, dass die Agrargentechnik kein Problem behebt, sondern nur neue Probleme schafft. Bisher wirtschaften Hessens Bauern noch ohne den Einsatz von Gentechnik auf ihren Feldern. Wir Grüne werden alles dafür tun, dass dies so bleibt. Wir erwarten von den Landwirten, dass sie bei ihrer derzeitigen Haltung bleiben, denn die Agrogentechnik wird von mehr als 87 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. Es ist eine Risikotechnologie, deren Spätfolgen für Umwelt und Verbraucher nach wie vor ungeklärt sind. Über Patentrechte werden die Landwirte in dauerhafte Abhängigkeit gebracht und über Auskreuzungen wird jeder Landwirt, jede Landwirtin auch ungewollt in das verantwortungslose Experiment der Agrogentechnik mit einbezogen. Einmal ausgebracht ist die Agrogentechnik nicht mehr rückholbar. Deshalb müssen wir alle Initiativen ergreifen, um die Technologie möglichst weit einzugrenzen bzw. zu verhindern.

Keine Gentechnik auf landeseigenen Flächen – gentechnikfreie Regionen stärken

Wir wollen, dass auf den landeseigenen Flächen weiterhin jeder Einsatz von Gentechnik ausgeschlossen bleibt. Wie Thüringen soll Hessen Mitglied des „Europäischen Netzwerks gentechnikfreier Regionen“ werden. Damit verpflichtet sich das Land Hessen zur Gentechnikfreiheit und setzt sich für eine größere Selbstbestimmung beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ein. Durch die Mitgliedschaft in diesem Netzwerk macht sich das Land Hessen dafür stark, dass gentechnikfreie Gebiete im europäischen Rechtsrahmen rechtsverbindlich verankert werden können.

Wir wollen zusätzlich auf Bundesebene eine Verbesserung im Bundesgentechnikgesetz erreichen, damit sich Regionen rechtsverbindlich als gentechnikfrei erklären können. Das Land Hessen soll hierzu eine Bundesratsinitiative ergreifen.

Saatgutreinheit erhalten – Kosten müssen Verursacher tragen

Auf Bundesebene soll sich die Landesregierung gegen die erneute Anbauzulassung des gentechnisch veränderten Mais MON 810 und gegen den Anbau der genmanipulierten Stärkekartoffel Amflora einsetzen. Ebenso erwarten wir eine klare Positionierung der Landesregierung für gentechnikfreies Saatgut. D.h. es muss die derzeit geltende Regel beibehalten werden, dass Saatgut als Basis aller Lebensmittel keinerlei Verunreinigungen mit Gentechnik aufweisen darf (Nulltoleranz).

Wir fordern für Deutschland die Einführung einer verpflichtenden Untersuchung von Saatgut auf Gentechnikfreiheit und zwar vor der Abgabe an den Handel (Flaschenhalsprinzip). Die Kosten für die Proben sollen entsprechend dem Verursacherprinzip von denjenigen Saatgutunternehmen getragen werden, die gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Markt bringen. Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen veröffentlicht werden. Agrarkonzerne, die verunreinigtes Saatgut verkaufen, müssen grundsätzlich für dadurch entstandene Schäden haften.

Bundesgentechnikgesetz nicht aufweichen

Wenn auf Bundesebene oder EU Ebene eine Aufweichung der Schutzbestimmungen für die gentechnikfreie Landwirtschaft vorbereitet würde, muss Hessen eine klare Haltung für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft beziehen. Wir erwarten, dass Hessen alle Regelungsmöglichkeiten ausreizt, wenn der Bund den Ländern mehr Mitsprache beim Anbau von Gentechnik-

pflanzen geben sollte. Dies bedeutet, dass die Abstandsregeln von Gentechnikfeldern zu Nicht-gentechnikfeldern soweit hoch gesetzt werden, dass ein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Hessen nicht möglich ist.

Label „Ohne Gentechnik“ bekannt machen

Durch das Label „Ohne Gentechnik“ werden auf freiwilliger Basis tierische Lebensmittel gekennzeichnet, die ohne den Einsatz von gentechnisch verändertem Futter hergestellt wurden. Dadurch erhalten die Verbraucher auch bei tierischen Lebensmitteln Klarheit, ob z.B. bei der Erzeugung von Milch, Eiern oder Fleisch gentechnisch veränderte Soja eingesetzt wurde oder nicht. Das Label trägt damit zur gewünschten Transparenz für die Verbraucher bei, steigert die Nachfrage nach gentechnikfreien Futtermitteln und vermindert den Import von gentechnisch veränderter Soja. Das Label „Ohne Gentechnik“ muss vom hessischen Landeswirtschaftsministerium durch eine Informationskampagne weiter bekannt gemacht werden, damit die Verbraucher auch bei tierischen Produkten die Wahlfreiheit haben.

3.3. Bioenergie in Hessen umwelt- und klimagerecht erzeugen

Für die von uns Grünen angestrebte Energiewende, für Einkommenskombinationen in der Landwirtschaft (Landwirt als Energiewirt) und für regionale Wertschöpfung kann und soll die Erzeugung von Bioenergie einen angemessenen Beitrag leisten. Allerdings wollen wir keine Erzeugung von Biogas zur Strom- und Wärmegewinnung um den Preis von Monokulturen und einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft. Die Erzeugung von Bioenergie vom Acker hat bereits regional zu Fehlentwicklungen geführt und hat teilweise nichts mehr mit der Grundidee einer bäuerlichen Biogasanlage zur Nutzung von Reststoffen zu tun, sondern führt zu erheblichen

Umweltbelastungen und nicht selten zu einer negativen Klimabilanz.

Zum Beispiel hat in Hessen der Anteil an Silomais von 2007 bis 2010 um 25 Prozent zugenommen. Rund ein Drittel davon ist für Biogasanlagen bestimmt. Fachleute rechnen in Hessen mit einem weiteren Boom von Biogasanlagen und dem Anbau von Energiemais. Dieser benötigt aber den Einsatz von großen Mengen an Düngern und Pflanzenschutzmitteln, welche die Umweltbilanz verschlechtern. Deshalb muss die Politik jetzt verbindliche Rahmenbedingungen setzen, die den Anbau von Energiepflanzen lenken.

Hessen fördert den Bau von Biogasanlagen mit 75.000 Euro pro Anlage. Wir fordern, dass diese Mittel nur dann vergeben werden, wenn mindestens die folgenden Kriterien eingehalten sind:

- Kein Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen oder Organismen (GVO) bei der Erzeugung von Biomasse und deren Verwendung in Biogasanlagen
- Keine Monokulturen beim Anbau von Energiepflanzen wie z.B. Mais, sondern Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge. Verbindlicher Einsatz von Zweinutzungs- und Mischkulturen und von Pflanzen wie Klee gras und Luzerne, die den Humusgehalt der Böden vermehren und die Fruchtbarkeit verbessern.
- Der Anbau von Biomasse für energetische Zwecke muss die Standards der Lebensmittelproduktion einhalten und darf nicht zu Lasten von Umwelt- und Naturschutz gehen.
- Keine Umwandlung von Grünland in Ackerland.

Wir wollen dafür sorgen, dass die energetische Nutzung von Reststoffen aus der Landwirtschaft, aus Landschaftspflege, Deponien, Kläranlagen, der Lebensmittel- und Abfallwirtschaft

etc. an erster Stelle steht und konsequent ausgebaut wird. Deshalb sollen die Landesfördermittel prioritär für Anlagen bereit gestellt werden, die von Landwirten betrieben werden und in denen hauptsächlich Reststoffe aus der Landwirtschaft und der Landschaftspflege eingesetzt werden.

Zusätzlich sollen regional angepasste Pilotprojekte (z.B. in Mittelgebirgslagen) initiiert werden, in denen Verfahren für die optimale energetische Nutzung von Landschaftspflegeabfällen in Kombination mit Reststoffen aus der Landwirtschaft und umweltverträglichen Energiepflanzen zur Vergärung und/oder Kompostierung erprobt werden.

Eine Förderung von extensiven Grünlandflächen, die für die Biomasseerzeugung in Frage kommen, würde dazu beitragen, dass deren Aufwuchs für die energetische Nutzung in Biogasanlagen rentabel wird. Damit wären positive Auswirkungen für die Erhaltung der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt verbunden. Außerdem könnten sich auch landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten eine langfristige Einkommensquelle erschließen.

Im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wird auch die Einspeisevergütung für Bioenergie geregelt. Aus Sicht von uns Grünen muss Fehlentwicklungen durch stetige Anpassungen entgegen getreten werden. Die zukünftige Vergütung für die Einspeisung von Bioenergie muss so gestaltet sein, dass nur noch der Einsatz von konsequent umweltgerecht und nachhaltig erzeugten Substraten belohnt wird. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene u.a. dafür einzusetzen, dass es im EEG zukünftig keine gesonderten Bonuszahlungen mehr für Mais gibt. Zuschläge zur Grundvergütung für die Bioenergieeinspeisung sollen zukünftig mindestens an die Vielfalt der verwendeten Pflanzen gebunden

sowie für die verstärkte Nutzung von Mist und Abfällen angeboten werden.

Wir schlagen vor, dass die Landesregierung die Ergebnisse der Potenzialstudie aus 2010 konsequent auf die regionale und kommunale Ebene herunter bricht. Um die vorhandenen Rohstoffpotenziale und Anlagekapazitäten sowie den Bedarf vor Ort miteinander in Einklang zu bringen, braucht es eine professionelle Moderation von außen. Dieser umfassende Beratungsprozess für ein regionales Bioenergiemanagement muss von der Landesregierung entsprechend gefördert werden.

3.4. Intensivtierhaltung begrenzen

Die Intensivtierhaltung in Hessen hat noch nicht die Extreme wie im „Schweinegürtel“ im Münsterland oder am „Hähnchenhighway“ in Niedersachsen erreicht. Dennoch ist vor allem im Bereich Nordhessen ein Anstieg der Intensivtierhaltung bei Masthühnern und Mastschweinen festzustellen. Es kommt bereits zu punktuellen Belastungen für Mensch und Umwelt durch Ställe mit riesigen Tierzahlen und entsprechend großen Mengen an Gülle und Mist, die auf die Felder ausgebracht werden. Die Emissionen daraus (Stickstoffverbindungen, Phosphor) belasten Umwelt, Klima und Wälder.

In den großen Mastanlagen werden sehr viele Tiere auf möglichst engem Raum gehalten. Demensprechend können die Tiere ihr artgemäßes Verhalten nicht ausleben, was dem Tierschutzgedanken widerspricht. Durch die hohe Anzahl von Tieren auf geringer Fläche steigt zusätzlich der Krankheitsdruck in den Beständen, so dass der Einsatz großer Mengen von Antibiotika in jeder Mastperiode selbstverständlich ist. Dies verschärft die bereits vorhandene Bildung von multiresistenten Keimen zusätzlich.

Hinzu kommt, dass Betriebe mit industrieller Tierhaltung in der Regel möglichst viel billiges Futter zukaufen und es nicht auf eigener Fläche erzeugen. Oft ist dabei die Herkunft des Futters nicht eindeutig nachzuvollziehen. Die industrielle Tierhaltung ist durch ihre Nachfrage nach billigem Futter für die Erzeugung von billigem Fleisch aus unserer Sicht mitverantwortlich für die immer wieder kehrenden Skandale im Futtermittelbereich (BSE und Dioxin).

In der konventionellen Intensivtierhaltung wird außerdem sehr viel importierte Soja als Eiweißfuttermittel eingesetzt. Damit verbunden ist, dass der Anbau von Soja in den Entwicklungs- und Schwellenländern oft mit der Rodung von Regenwaldflächen und mit dem Einsatz von Gentechnik einhergeht. Intensiver Sojaanbau für die Mägen der Tiere in den Industrieländern sorgt in ärmeren Ländern für Hunger und Umweltzerstörung. Trotz weiter Transportwege ist Soja noch immer billiger als heimische Eiweißpflanzen.

Wir Grüne wollen deshalb eine Gegenstrategie für die Fütterung der Tiere entwickeln. Wir schlagen vor, dass der Anbau heimischer Eiweißpflanzen (Leguminosen) wie Ackerbohnen, Futtererbsen und Klee gefördert wird, damit sich der Einsatz als Futtermittel lohnt und der Import von Soja verringert wird. Wir wollen außerdem, dass die tierhaltenden Betriebe mindestens die Hälfte des benötigten Futters auf eigenen Flächen erzeugen. Wir setzen uns neben einer besseren Überwachung für ein Reinheitsgebot bei Futtermitteln ein und verlangen eine offene Deklaration der Inhaltsstoffe, damit die Landwirte erkennen können, was in dem Zukauffutter enthalten ist.

In Hessen tiergerecht erzeugen und vermarkten

In Nordhessen sind in den letzten Jahren über eine Million neue Mastplätze für Geflügel entstanden oder sind gerade im Bau. Dieser Zubau im Geflügelbereich entsteht zum einen durch eine hohe Nachfrage nach billigem, angeblich gesundem Fleisch und zum anderen durch eine in Nordhessen ansässige Hähnchenschlachtereier, die ihre Kapazitäten auslasten will und die die Vermarktung des Fleisches organisiert. Das Wachstum im Geflügelsektor ist symbolhaft für die Fehlentwicklungen in der Intensivtierhaltung, deren Ausbau mit dem derzeitigen Nachfrageverhalten der Verbraucher korrespondiert.

Wir Grüne wollen diese Strukturen aufbrechen: wir wollen die Aussagen der Verbraucher, dass ihnen Tierschutz wichtig sei, ernst nehmen, sie über alternative Haltungsformen und gesunde Ernährung aufklären sowie den hessischen Landwirten Chancen eröffnen, durch tiergerechtere Fleischerzeugung neue Marktanteile zu erzielen. Das heißt nicht, dass wir jedem Masthähnchen eine Zweizimmerwohnung anbieten wollen, aber es sollte der Grundsatz gelten, dass die Tiere ihren natürlichen Verhaltensweisen entsprechend gehalten werden. Zwar sind die Regeln zur Tierhaltung und zur Reduzierung der Umweltbelastungen durch Intensivtierhaltung auf nationaler Ebene zu beschließen, gleichwohl gibt es auf Landesebene die Möglichkeit über die Förderung steuernd einzugreifen. So soll aus Sicht der Grünen nur noch dann eine Förderung für den Bau eines Stalles gewährt werden, wenn die Haltungsbedingungen der Tiere objektiven Kriterien für artgerechte Tierhaltungsverfahren entsprechen.

Das bedeutet beispielsweise für Masthühner deutliche Verbesserungen der Haltungsbedingungen. Derzeit sind nach nationalem Recht 39

kg Lebendgewicht pro Quadratmeter erlaubt. Tageslicht oder Auslauf sind nicht vorgeschrieben. Dabei sollten aus Tierschutzgründen höchstens 22 kg Lebendgewicht pro Quadratmeter erlaubt und den Tieren täglich Auslauf angeboten werden.

Kennzeichnung für tiergerecht erzeugtes Fleisch

Selbstverständlich zieht eine tiergerechtere Haltung und Fütterung auch höhere Fleischpreise nach sich. Die Verbraucher werden allerdings durch weniger Antibiotikaeinsatz in der Haltung, weniger Rückstände im Fleisch, die die Gesundheit gefährden können, und geringere Belastung der Umwelt, entschädigt.

Damit die Verbraucher Produkte aus tiergerechter Haltung wählen können, müssen sie in die Lage versetzt werden zu erkennen, unter welchen Bedingungen das Fleisch, das im Kühlregal liegt, erzeugt wurde. Daher fordern wir die Landesregierung auf, Kriterien für eine freiwillige Kennzeichnung von tiergerecht erzeugtem Qualitätsfleisch aus Hessen, analog der „Ohne Gentechnik-Kennzeichnung“, zu erarbeiten. Das Zeichen soll den Verbrauchern verständlich und transparent vermitteln, unter welchen Bedingungen die Tiere während der Mast gehalten und gefüttert wurden. Gleichzeitig soll die Landesregierung auf EU- und Bundesebene die Einführung einer verpflichtenden Kennzeichnung vorantreiben, die erkennbar macht, wie Tiere gehalten wurden.

Auf Landesebene muss für das freiwillige Zeichen für tiergerecht erzeugtes Qualitätsfleisch aus Hessen entsprechend geworben werden: bei den Landwirten, im Handel und bei den Verbrauchern. Dies ist eine klassische Aufgabe für die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ und muss von ihr offensiv umgesetzt werden.

Die Landesregierung muss begleitend eine breit angelegte Aufklärungskampagne über hessisch und tiergerecht erzeugtes Fleisch initiieren. Ein entsprechend abgestimmtes Maßnahmenpaket wird zu einem erfolgreichen Absatz und zur Steigerung der Wertschöpfung in Hessen beitragen.

Futtermittel wirksam kontrollieren

Angesichts immer wieder auftretender Futtermittelskandale ist es notwendig, dass die Landesregierung die Futtermittel- und Lebensmittelkontrollen in Hessen finanziell und personell besser ausstattet, um die notwendigen Kontrollen und den Verbraucherschutz zu gewährleisten.

3.5. Schlachtstätten erhalten – Tierschutz bei der Schlachtung verbessern

Auch die Schlachtung muss tiergerechter werden. Immer wieder sorgen Berichte über gehäuft vorkommende unvollständige Betäubung von Schlachttieren für Aufregung. Die Kontrolle der Einhaltung der Tierschutzbestimmungen in den Schlachtstätten ist Länderaufgabe. Wir fordern deshalb von der Landesregierung, dass die Einhaltung dieser Bestimmungen insbesondere in großen Schlachthöfen durch Tierärzte strenger und intensiver überwacht wird.

Durch verschiedene Auflagen ist die Anzahl der Schlachtstätten in Hessen stark zurückgegangen. Das führt dazu, dass die Schlachttiere immer weiter transportiert werden müssen. Dies ist aus Gründen des Tierschutzes aber auch aus energetischen Gründen abzulehnen. Das Land muss den kleinen Schlachtstätten beispielsweise durch Beratung helfen, die neuen Auflagen zu erfüllen und die verbleibenden Metzger im Bereich Tierschutz weiterzubilden.

3.6. Hessisches Agrarmarketing neu aufstellen

Der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ (MGH) wurde vom Land Hessen die Aufgabe des Hessischen Agrarmarketings per Vertrag übertragen. Die Arbeit und die Ausrichtung der MGH stehen allerdings immer wieder in der Kritik. Insbesondere die ökologisch und gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirte sowie die hessischen Direktvermarkter fühlen sich nicht ausreichend repräsentiert und gefördert. Zudem wird in Frage gestellt, ob die jährlich eingesetzten Landesmittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro eine tatsächliche Verbesserung der Vermarktung hessischer Agrarprodukte zur Folge haben.

Deshalb soll die Arbeit der MGH rechtzeitig vor Auslaufen des geltenden Agrarmarketingvertrages in 2013 von unabhängigen Gutachtern auf Effizienz und Wirksamkeit evaluiert werden. Entsprechend der Evaluierungsergebnisse muss das Agrarmarketingkonzept in Hessen neu strukturiert werden.

3.7. Initiativen für faire Preise unterstützen

Fand man Produkte mit dem Hinweis, sie stammten aus „fairem Handel“ früher ausschließlich im Eine-Welt-Laden, so prangt dieser Hinweis seit 2005 auch auf Milch der Upländer Bauernmolkerei und seit 2010 auf der „fairen Milch“ aus der Initiative des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter. So wie früher das ruinös niedrige Einkommen der Kaffeebauern in Nicaragua angeprangert und diesem mit „fairem Kaffee“ entgegengetreten wurde, versuchen nun die

Milchbauern auf diese Weise ihre Einkommenssituation zu verbessern. Die „faire Milch“ Produkte werden von den Verbrauchern gut angenommen, weil immer mehr Menschen bereit

sind, etwas mehr dafür zu bezahlen, dass Bauernhöfe erhalten bleiben.

Am Beispiel der Milchkrise der letzten Jahre lässt sich leicht die Schieflage der Marktstruktur in der Landwirtschaft ablesen. So kam das Bundeskartellamt in seiner Sektoruntersuchung Milch 2009 zu der Erkenntnis: „Obwohl viele Erzeuger in genossenschaftliche Molkereien integriert sind, ist ein Machtgefälle zulasten der Erzeuger festzustellen. Dieses Machtgefälle ist für die ruinösen Milchpreise mitverantwortlich, die von den Milchbäuerinnen und Milchbauern beklagt werden“.

Das Kartellamt schlägt in der Sektoruntersuchung vor, die Milchviehhalter sollten sich zu Milcherzeugergemeinschaften zusammenschließen. Diesen Weg wollen viele Landwirte auch gehen. Sie haben z.B. die Erzeugergemeinschaft Milch Board gegründet und brauchen dafür weitere Unterstützung. Die Hessische Regierungskoalition befürwortet diesen Weg der Milchbauern leider nicht, weil sie nach wie vor denjenigen Verbandsfunktionären die Stange hält, die der Auffassung sind, dass die vorhandenen Molkereistrukturen ausreichen würden. Aber gerade die haben die ruinösen Milchpreise mit zu verantworten.

Die Situation der Milchbauern spiegelt sich auch in anderen Bereichen der Landwirtschaft wieder, sowohl im konventionellen als auch im ökologischen Bereich. Die Landwirtschaft ist allenthalben das schwächste Glied in der Wertschöpfungskette. Um die flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten und die multifunktionalen Aufgaben zu erfüllen, muss die Landwirtschaft faire Preise für ihre Erzeugnisse erhalten.

Ohne eine Veränderung der Marktmacht der Erzeuger wird keine nachhaltige Verbesserung hin zu fairen Preisen zu erreichen sein. Die Landesregierung muss deshalb u.a. den Zusammenschluss

von Landwirten zu Erzeugergemeinschaften intensiver fördern und durch die landwirtschaftliche Beratung unterstützen. Wir wollen außerdem, dass das hessische Agrarmarketing stärker Initiativen fördert, die einen fairen Preis für landwirtschaftliche Produkte fordern. Beispiele hierfür sind die „faire Milch“, die Direktvermarktung oder die Produkte mit dem Label „Ohne Gentechnik“.

3.8. Beratung, Aus- und Weiterbildung anpassen

Landwirtschaftliche Ausbildung neu ausrichten

Die Ausbildung in der Landwirtschaft muss modernisiert werden. Dringend notwendig ist es, die angehenden Landwirtinnen und Landwirte umfassend auf die neuen Herausforderungen Umwelt-, Klima-, Arten- und Tierschutz vorzubereiten. Als weitere Felder in der Ausbildung müssen zukünftig Kenntnisse über die Erzeugung von umwelt- und regional angepasster Bioenergie, über Möglichkeiten der Marktentwicklung und über Verbraucherinteressen vermittelt werden.

Insbesondere für die Ausbildung im Bereich des ökologischen Landbaus müssen schnellstmöglich bessere Angebote geschaffen werden wie z.B.:

- Konsequente Berufsschullehrerfortbildung im Bereich Ökolandbau
- Kontinuierliches Angebot Ökolandbau an einer Fachschule
- Kooperation dieser Fachschule mit einem Lehrbetrieb (ständige Praxis)
- Verankerung Ökolandbau bei überbetrieblicher Ausbildung

Landwirtschaftliche Beratung neu ausrichten

Das Kuratorium für das landwirtschaftliche und gartenbauliche Beratungswesen muss in seiner

personellen Zusammensetzung sowie in der Zielsetzung überprüft, modernisiert und angepasst werden. Z.B. sollten neu entstandene Gruppen des Berufsstandes, wie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) beteiligt sowie neue Themen wie Umwelt-, Klima-, Wasser-, Tier und Verbraucherschutz sowie Bioenergie stärker aufgenommen und als Beratungsthemen erkannt werden.

Die gesamte Agrarberatung soll stärker auf die genannten neuen Themen sowie betriebliche Kooperationen z.B. für die Energieerzeugung und die Belange der Nebenerwerbslandwirtschaft ausgerichtet werden. Ihre Beratungskonzentration auf die Intensivierung und Wachstumsorientierung der Haupterwerbsbetriebe muss sich ändern. Die Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion oder die Entwicklung neuer Betriebszweige sind wesentliche Standbeine für den Erhalt vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Landeseigene Domänen als echte Vorzeigebetriebe entwickeln

Bei der Neuverpachtung landeseigener Domänen sollen zukünftig vorrangig Konzepte von Bewerbern berücksichtigt und gegebenenfalls auch besonders durch das Land unterstützt werden, die drängende Fragestellungen der genannten neuen Herausforderungen aufgreifen und lösungsorientiert bearbeiten wollen (z.B. Agroforstwirtschaft als intelligente Kombination von Bäumen und Getreide zur Optimierung der Erträge, humusaufbauende Mischkulturen für Bioenergieerzeugung etc.). Die hessischen Agrarfakultäten in Kassel/Witzenhausen und Gießen sollen in die wissenschaftliche Begleitung eingebunden werden.

Versuchswesen evaluieren

Das landeseigene Versuchswesen für Tierhaltung und Pflanzenbau muss in seiner Ausrichtung und

Wirkung überprüft und an die ökologischen Fragestellungen der Zukunft angepasst werden.

Nebenerwerbslandwirte besser qualifizieren

Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen werden durch Nebenerwerbslandwirte geführt. Diese Form der Landbewirtschaftung hat neben der Haupterwerbslandwirtschaft eine wichtige Bedeutung. In vielen Mittelgebirgslagen trägt sie zur Erhaltung der Kulturlandschaft an den Stellen bei, die für große Hauferwerbsbetriebe in der Bewirtschaftung nicht mehr lohnenswert sind.

Viele Menschen, für die der landwirtschaftliche Haupterwerb kein ausreichendes Einkommen mehr bietet, möchten ihren Betrieb weiter bewirtschaften und mit anderen Einkommensmöglichkeiten kombinieren. Durch schnelle Internetzugänge im ländlichen Raum bieten sich dafür z.B. durch die Einrichtung von Heimarbeitsplätzen immer mehr Chancen. Die Nebenerwerbslandwirtschaft trägt dazu bei, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu erhalten oder neu zu schaffen. Deshalb muss in Zukunft von Seiten der Beratung und Förderung ein stärkeres Augenmerk auf die Entwicklung und die Belange der Nebenerwerbslandwirtschaft sowie auf die Weiterqualifizierung der Betriebsleiter gelegt werden. Auch die Nebenerwerbsbetriebe müssen sich bei der Bewirtschaftung den aktuellen Fragen zu Umwelt, Klima und Verbraucherschutz stellen.

3.9. Verbraucherinnen und Verbraucher gestalten mit dem Einkaufskorb die Umwelt

Verbraucherinnen und Verbraucher haben Macht und wir erwarten, dass sie diese auch verantwortlich nutzen. Sie können durch ihr Nachfrageverhalten die Erzeugung von Produkten bestimmen. Deutlich hat das auch das Wachs-

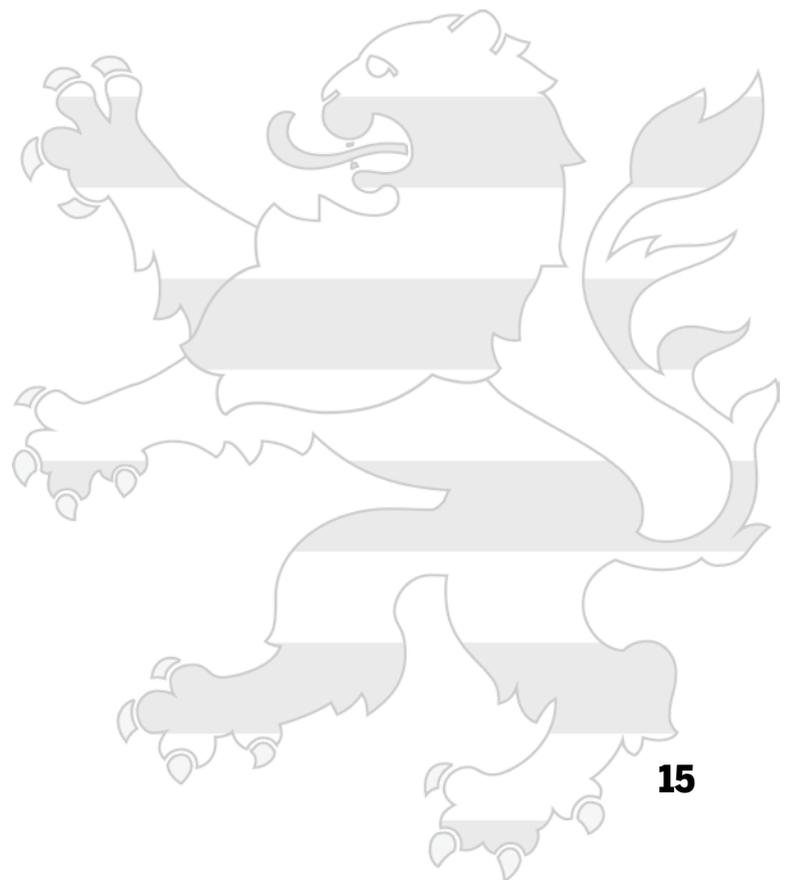
tum ökologisch und regional erzeugter Lebensmittel gemacht. Immer mehr Menschen wollen beim Einkauf gesunde, umwelt- und klimaschonend erzeugte Lebensmittel wählen können. Der Erfolg der biologischen Landwirtschaft spiegelt das Anwachsen dieser gesellschaftlichen Gruppe wieder.

Trotz des Anstiegs „konsumbewusster“ Kunden ist mangelndes Qualitätsbewusstsein und die „Geiz-ist-geil-Mentalität“ bei Lebensmitteln noch immer weit verbreitet. Dies zeigt sich exemplarisch im hohen Fleischkonsum. Wir Grüne wollen erreichen, dass nicht nur bei „ökobewussten“ Menschen die Frage nach den Auswirkungen des hohen Fleischkonsums gestellt wird, sondern in allen Bevölkerungsgruppen. Tatsache ist, dass innerhalb der gesamten Ernährung insbesondere der hohe Fleischkonsum zu den größten Klimabelastungen beiträgt. Wir müssen unseren Hunger auf billiges Fleisch verringern, denn die Intensivtierhaltung setzt große Mengen an Klimagasen frei, sorgt dafür, dass in den Entwicklungsländern Urwälder gerodet werden, und verteuert aufgrund der Importe von Eiweißfuttermitteln dort die Nahrungsmittel.

Weniger Fleischkonsum bedeutet aber auch die Förderung unserer Gesundheit und damit die Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen. Folgende Initiativen möchten wir ergreifen, um hier anzusetzen:

- Intensivere Verbraucheraufklärung über:
 - Genuss und Qualität (z.B. weniger aber qualitativ hochwertiges Fleisch)
 - die Klimafolgen des Fleischkonsums
 - umwelt- und klimagerechte Ernährung
 - Konsumverhalten und faire Preise
- Einrichtung eines „Vegetarisch-Tags“ in Schulen, Mensen, Kantinen
- Klare Kennzeichnung von Fleischprodukten nach Haltungsformen

Wir Grüne wollen erreichen, dass hochwertige Lebensmittel und ihre Erzeugung eine höhere Wertschätzung erhalten und faire Preise für gute Produkte selbstverständlich werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Bildung. Deshalb sollen die Informationen über einen gesunden und bewussten Lebensstil stärker in der Bildung verankert werden. Kinder sind offen und interessiert für diese Themen. Das zeigen Modellprojekte, in denen Kinder an die Erzeugung von Lebensmitteln herangeführt werden, immer wieder. Wir schlagen vor, dass die Landesregierung weitere Modellprojekte wie die „Regional-Ökologische Schulverpflegung im Schwalm-Eder-Kreis“ initiiert. Dort wurde das Thema gesunde Ernährung mit der konkreten Mittagsverpflegung in Schulen und mit praktischen Erfahrungen durch Besuche und Mithilfe auf landwirtschaftlichen Betrieben kombiniert.



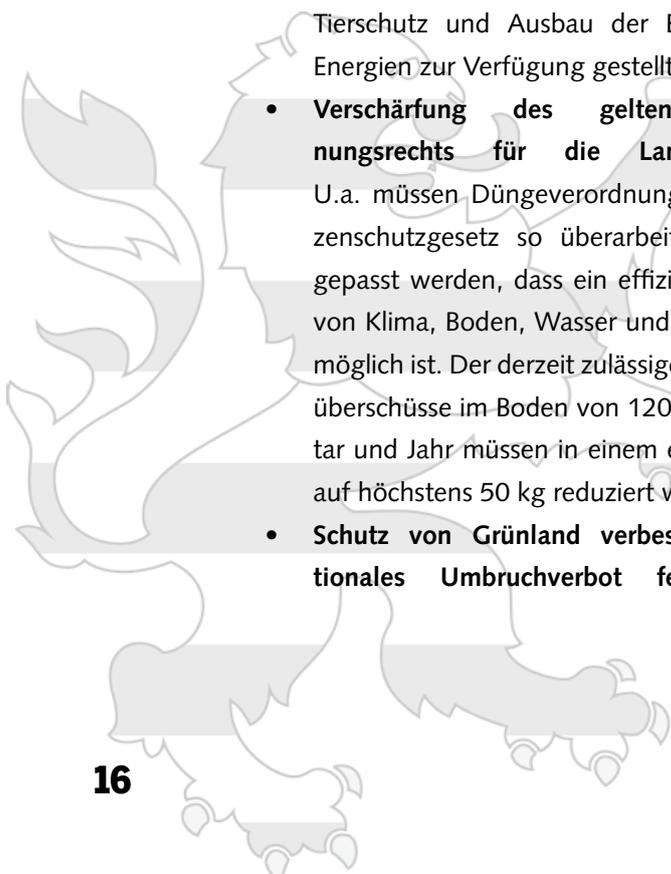
4. GRÜNE VORSCHLÄGE FÜR EINE UMWELT-, KLIMA- UND TIERGERECHTERE LANDWIRTSCHAFT AUF BUNDES- UND EU-EBENE

Die Landesregierung muss auch auf Bundes- und EU-Ebene offensiv Position für eine neue Agrarpolitik beziehen. Insbesondere in den Agrarministerkonferenzen, dem PLANAK (Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz), der Brüsseler Landesvertretung und in anderen Entscheidungsgremien gilt es jetzt die Weichen für eine bessere Verknüpfung der Agrar- und Ernährungspolitik mit dem Klima- und Umweltschutz zu stellen. Die wichtigsten Punkte aus Sicht der Grünen auf diesen Ebenen sind:

4.1. Bundesebene

- **Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zu einer Gemeinschaftsaufgabe für die ländliche Entwicklung und Küstenschutz:** Die Fördermittel müssen gezielt für wirksame Maßnahmen für die neuen Herausforderungen Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, verbessertes Wassermanagement, Tierschutz und Ausbau der Erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt werden.
- **Verschärfung des geltenden Ordnungsrechts für die Landwirtschaft:** U.a. müssen Düngeverordnung und Pflanzenschutzgesetz so überarbeitet und angepasst werden, dass ein effizienter Schutz von Klima, Boden, Wasser und Biodiversität möglich ist. Der derzeit zulässigen Stickstoffüberschüsse im Boden von 120 kg pro Hektar und Jahr müssen in einem ersten Schritt auf höchstens 50 kg reduziert werden.
- **Schutz von Grünland verbessern - Nationales Umbruchverbot festschreiben:**
- **Abhängigkeit von Importsoja verringern - Eiweißstrategie entwickeln:** Die Eiweißversorgung für die Tierernährung in Europa und Deutschland wird fast vollständig durch Sojaimporte sichergestellt. Die negativen Auswirkungen des Sojaanbaus weltweit sind bekannt (Rodung von Urwäldern, Einsatz von Gentechnik und Pestiziden, Landraub etc.). Durch den Anbau von Leguminosen/Eiweißfutterpflanzen (Erbsen, Ackerbohnen, Futterklee) kann die hiesige Eiweißlücke geschlossen werden. Deshalb muss der Anbau von Leguminosen im Rahmen der GAP-Agrarreform verpflichtend festgelegt und gefördert werden. Zusätzlich müssen die Forschung neu ausgerichtet und die bereits vorhandenen Förderinstrumente genutzt werden.
- **Massentierhaltung begrenzen:**

In fast allen Bundesländern geht derzeit der Bestand an Dauergrünland dramatisch zurück. Grünland ist ein wichtiger Speicher für Kohlenstoff. Durch die Umwandlung von Grünland in Ackerland wird dieser freigesetzt und wirkt schädigend auf das Klima. Zudem ist mit dem Umbruch von Grünland ein hoher Verlust der Artenvielfalt verbunden. Die Grünlandflächen können durch Wiederkäuer (Kühe, Ziegen, Schafe) sinnvoll genutzt werden und es kann mit geringem Energieinput Milch und Fleisch erzeugt und somit das Klima geschont werden. Zudem kann Grünland Biomasse für Biogasanlagen liefern und eine Teilalternative für Energie-maismonokulturen sein.



Um den Kommunen und der Bevölkerung mehr Einfluss auf die Begrenzung von Anlagen von Massentierhaltung zu geben, muss die Privilegierung solcher Stallbauten im Außenbereich gestrichen werden. Wir wollen, dass nur noch dann Stallbauten privilegiert sind, wenn der zugehörige Betrieb mindestens die Hälfte des für die Tierhaltung nötigen Futters selbst produziert.

- **Eigenkontrollpflicht bei Futtermitteln verbessern:**

Um eine Untermischung von schadstoffbelastetem Futter zu verhindern, schlagen wir vor, dass die Unternehmen verpflichtet werden, in Zukunft jede Charge einzeln zu beproben und die Ergebnisse den Behörden zu melden. Belastete Chargen müssen vernichtet werden.

4.2. EU-Ebene

Mutige Agrarreform in Europa durchsetzen – Hessen muss die Chancen nutzen

Die Debatte um die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik ab 2013 ist die zentrale politische Auseinandersetzung der Agrarpolitik. Damit verbunden ist die Frage, wie wir uns die Landwirtschaft der Zukunft vorstellen und mit wie vielen Steuermitteln wer für welche Leistungen bzw. für welche Wirtschaftsweise unterstützt werden soll.

Die Grünen streiten zusammen mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für ein radikales Umsteuern und für eine grundlegend neue soziale und ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik. Denn in den letzten Jahrzehnten hat die Agrarpolitik mit Milliardenbeträgen für den Agrarsektor die negativen Auswirkungen auf Umwelt, Klima, Artenvielfalt, Tierschutz und Welt-ernährung nicht verringert, sondern verstärkt. In

Europa soll zukünftig die vielfältig strukturierte, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft das Agrarmodell der Zukunft sein und nicht die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft.

Für Hessens Landwirtschaft und seine ländlichen Räume bietet die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik Chancen. Denn bisher profitieren die hessischen größtenteils flächenarm ausgestatteten Betriebe weniger als ihre Kollegen z.B. in den neuen Bundesländern von den Direktzahlungen pro Hektar.

Diese Chance muss die Landesregierung erkennen und offensiv nutzen. Wir verlangen, dass Hessen sich bei der Debatte um die Ausrichtung der zukünftigen Agrarpolitik gezielt für die Förderung bäuerlicher Strukturen einsetzt und der Politik des Wachsens oder Weichens eine klare Absage erteilt.

Zentrale Grüne Forderungen für die Reform der EU-Agrarpolitik:

- Konsequente Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf eine nachhaltige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft, die sich auf einen besseren Umwelt-, Klima-, Arten- und Tierschutz konzentriert sowie an den Interessen der Verbraucher orientiert; jedes eingesetzte Instrument der Agrarpolitik muss daran gemessen werden, ob es diesen Zielen dient
- Öffentliche Zahlungen an die EU-Landwirtschaft zukünftig nur für gesellschaftliche gewünschte Leistungen und für die Stärkung der öffentlichen Güter wie z.B. Wasser, Luft, Landschaft, Tierschutz, Ernährungssicherung etc.
- Auszahlung der Direktzahlungen degressiv staffeln; d.h. flächenstarke Betriebe erhalten pro Hektar Fläche weniger Geld als kleinere Betriebe

- Auszahlung der Direktzahlungen an einen verbindlichen kostenfreien Klimacheck jedes Betriebes durch die jeweilige Beratung binden
- Substanzielle Stärkung der ländlichen Entwicklung durch die Reform; Agrarumweltprogramme und Regionalentwicklungsprogramme, die in den Ländern umgesetzt und von ihnen mitfinanziert werden, sollen zukünftig durch die EU deutlich höher kofinanziert werden
- Abschaffung der Exportsubventionen, Ausrichtung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf den EU-Binnenmarkt und nicht auf dem Weltmarkt
- Milchmarkt durch flexible Mengensteuerung regeln; Bedarf wird an Nachfrage angepasst um stabile kostendeckende Preise für die Milchbauern zu erzielen; Bündelungsgrad der Milchbauern durch Erzeugergemeinschaften erhöhen





KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

IHR DRAHT ZUR FRAKTION

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

ZUSTÄNDIGER ABGEORDNETER

DANIEL MAY



Sprecher für Landwirtschaftspoli-
tik, Gentechnik und Ländlichen
Raum

Tel.: 0611/350-794
d.may@ltg.hessen.de

MITARBEITER

ANDREA WERNER



Referentin: Umwelt (Boden, Wasser,
Luft, Lärm, Abfall), Verbraucher-
schutz, Ländl. Raum, Gentechnik

Tel.: 0611/350-595
a.werner@ltg.hessen.de

www.gruene-hessen.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

